

Energie und Macht

Hendrik Munsberg

Jürgen Trittin - ist der Name noch ein Begriff? Na klar, so hieß der grüne Bundesumweltminister, der im Dauerclinch mit der deutschen Atomindustrie lag, nachdem sich die rot-grüne Bundesregierung 1998 daran gemacht hatte, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernkraft zu vollziehen. Ein ums andere Mal geriet Trittin damals mit den Stromkonzernen in Streit, schon bald galt der Grüne als Minister für Krawall und Zoff.

Am heutigen Dienstag gibt es wieder ein Spitzentreffen zwischen Bundespolitik und Stromwirtschaft. Diesmal wird die Regierung angeführt von der christdemokratischen Kanzlerin Angela Merkel, einer ausgewiesenen Befürworterin der Atomkraft. Doch auch sie hat nun heftigen Krach mit den Energiekonzernen. Mitte voriger Woche meldeten sich die Chefs der drei größten Versorger, Eon, RWE und Vattenfall, nacheinander polternd zu Wort. Sie wollen verhindern, dass die Kanzlerin ihr Klimaschutzversprechen wahr macht, das sie kürzlich vor aller Welt in Heiligendamm gegeben hat: bis 2020 soll Deutschland 40 Prozent seines klimaschädlichen Kohlendioxid-Ausstoßes senken, um den globalen Temperaturanstieg zu begrenzen. Unrealisierbar seien Merkels Pläne, schimpfen die Strombosse und drohen damit, vorzugsweise im Ausland zu investieren; vor allem aber möchten sie das verhasste rot-grüne Atomausstiegsgesetz schleunigst kippen.

Eine Frage drängt sich auf: Warum geraten Bundespolitik und Energiewirtschaft immer wieder in heftigen Streit - liegt das womöglich auch am allzu selbstherrlichen Gebaren der Stromkonzerne? Die Antwort lautet: Ja. Keine andere deutsche Branche fühlt sich im Umgang mit dem Staat so mächtig und stark wie die großen Energieversorger. Keine andere Branche weiß die Bundes- und Landesbürokratie so zu steuern wie die Stromriesen - sei es durch stille Manipulation oder durch offene Konfrontation. Die Energiekonzerne verfügen nämlich nicht nur über ein verzweigtes Leitungssystem, durch das sie zwischen Flensburg und Garmisch jede Menge Strom und Gas leiten - darüber hinaus haben sie ein engmaschiges Netzwerk geknüpft, um die Politik ganz in ihrem Sinne zu lenken.

Wie das funktioniert? Regelmäßig kauften sich Deutschlands Stromkonzerne Spitzenpersonal aus der Bundespolitik ein, um dessen Expertenwissen für sich zu nutzen. Den Anfang machte einst Walter Hohlefelder, heute Vorstand der Eon-Energiesparte in München. Der Top-Jurist war - als Chef der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium - Deutschlands oberster Atomaufseher. Für viel Geld wurde er 1994 vom Veba-Konzern abgeworben, der heute Eon heißt. Wohl keiner kennt den deutschen Nuklearkomplex in allen seinen Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Staat so gut wie Hohlefelder.

Hohlefelders Nachfolger als Reaktorsicherheitschef im Umweltministerium wurde Gerald Hennenhöfer. Angela Merkel kennt ihn gut: Hennenhöfer beriet Merkel, als sie unter Kanzler Kohl noch Umweltministerin war; seinerzeit galt es eine Affäre um verstrahlte Nuklearbehälter aufzuklären. Hennenhöfer war damals Merkels rechte Hand. Nach dem Machtwechsel 1998 im Bund trat auch er in die Dienste der Stromindustrie. Auch Hennenhöfer half von nun an der Energiewirtschaft, die heiklen Atomausstiegsverhandlungen mit der rot-grünen Bundesregierung zu überstehen; anschließend brauchte man ihn bei Eon nicht mehr.

Für Nachschub war gesorgt. Denn den besten Türöffner zum Staatsapparat fand die Energiewirtschaft im SPD-Kanzler Gerhard Schröder, einem alten Freund des Hauses Veba/Eon. Schröder holte den früheren Veba-Manager Werner Müller an die Spitze des Wirtschaftsministeriums, heute lenkt Müller den Essener Kohlekonzern RAG. Von dort aus sorgte Müller für weitere Blutzufuhr aus dem Staatsapparat: Erst lotste er den Wirtschaftsstaatssekretär Alfred Tacke auf einen lukrativen Posten in der Energiewirtschaft, kurz darauf nutzte er auch dessen Kollegen aus dem Finanzministerium, Manfred Overhaus, als Berater. Solch geballte Erfahrung mit der Energiebürokratie macht stark.

Welch eine Ironie der Geschichte, dass es unter der CDU-Regierungschefin und Atomfreundin Merkel für die Stromindustrie schwieriger geworden ist, mit ihren Anliegen im Kanzleramt durchzudringen. Die Zeiten der Kungelrunden zwischen Regierung und Industrie aus der Ära Schröder sind unter Merkel vorbei. Erklärt das die Wucht, mit der die Stromchefs jetzt gegen die Klimapolitik der Kanzlerin zu Felde ziehen? Es sieht ganz so aus.

